

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 06
Telefon: (022 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Paul Neumann MdB würdigt
das Verteidigungs-Weißbuch
79: Ausgewogen und real-
istisch.

Seite 1 - 3

Herbert Brückner, Bremens
Gesundheitssenator, be-
schreibt die neue Besuchs-
zeit-Regelung in den Kran-
kenhäusern der Hansestadt:
Ein Schritt zu mehr Huma-
nität.

Seite 4/5

Christa Meier MdL schil-
dert schwärzeste Partei-
buchwirtschaft: Skanda-
löse Auftragsvergabe an
das Architektenbüro eines
CSU-Bezirkstagspräside-
nten.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godasberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (022 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 170

5. September 1979

Ausgewogen und realistisch

Das Verteidigungs-Weißbuch 79 weist den Weg in die Zukunft

Von Paul Neumann MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-
Bundestagsfraktion

Es ist das Verdienst der sozialdemokratischen Verteidigungs-
minister Schmidt, Leber und Apel, in gewissen Zeitabständen
die Öffentlichkeit durch Weißbücher über die äußere Sicher-
heit der Bundesrepublik und den Zustand der Bundeswehr unter-
richtet zu haben, und zwar in einer Ausführlichkeit, die die
Sicherheitspolitik der Bundesregierung für jedermann ver-
ständlich und durchschaubar macht. Vorher gab es etwas Der-
artiges kaum.

Das jetzt vorgelegte Weißbuch 79 spricht umfassend alle Be-
reiche der Sicherheits- und Entspannungspolitik an. In ausge-
wogener und realistischer Form wird zu den aktuellen Proble-
men Stellung bezogen. Erneut wird deutlich, daß die Sicher-
heitspolitik der sozial-liberalen Bundesregierung als Ele-
ment unserer Friedenspolitik breit angelegt ist und mehr
umfaßt als reine militärbezogene Verteidigungspolitik. Jeder
Bürger kann sich anhand dieses Weißbuches ein klares Bild
über unsere äußere Sicherheit verschaffen; er vermag sich
auch davon zu überzeugen, wie ernst es der Bundesregierung
mit ihrer Sicherheits- und Entspannungspolitik ist und welche
Anstrengungen sie unternimmt, um die äußere Sicherheit zu ge-
währleisten, was ja im übrigen die entscheidende Voraus-
setzung für die erfolgreiche Fortsetzung unserer Entspannungs-
politik ist.

Besonders breiter Raum wird dem Kräftevergleich zwischen Ost
und West gewidmet. Die offenen Zahlenangaben werden durch
freimütige Darstellungen und Ausführungen ergänzt. Das ist
zu begrüßen, weil ein zutreffendes Bild über das Kräftever-
hältnis nicht nur über Zahlen zu gewinnen ist.

Es wird in diesen Ausführungen die wahre Sachlage weder ver-
niedlicht, noch wird die Situation dramatisiert; die Abhand-



lungen sind vielmehr sachlich und realistisch. So wird zum Beispiel offen zugerechnet, daß die Lösung des Grauzonenproblems, das heißt der Abbau der wachsenden Disparität zwischen den Mittelstreckenpotentialen, eine der wichtigsten sicherheitspolitischen Aufgaben der Allianz ist. So ungeschminkt Schwachstellen und Stärken aufgezeigt worden, so schlüssig wird aber auch dargestellt; daß global das Gleichgewicht gewahrt ist, daß die einzig denkbare, die einzig vernünftige, die einzig tragfähige Strategie, die Strategie der Friedenserhaltung und der Kriegsverhinderung ist.

Das Fazit der Sicherheitspolitik der Bundesregierung stellt sich daher im Weißbuch 1979 wie folgt dar: Fortsetzung der Rüstungskontrollpolitik, Fortsetzung der Entspannungspolitik; beides allerdings auf der Basis gesicherter Verteidigungsfähigkeit. Dem hat die Opposition keine glaubwürdige Alternative gegenüberzustellen.

Zu unterstreichen ist das klare Bekenntnis zur NATO, wobei auch in diesem Zusammenhang Rüstungskontrollpolitik und Verteidigungsfähigkeit für die Bundesregierung eine Einheit bilden, die das originäre sozialliberale Element der Sicherheitspolitik schlechthin ausmachen.

Zur Entwicklung der Bundeswehr spricht das Weißbuch 79 ebenfalls eine offene Sprache; auch hier vermag sich derjenige, der es will, aus den Darstellungen ein abgerundetes Bild zu verschaffen. Zahlenmäßige Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung sind - das darf mit Fug und Recht festgestellt werden - zu keiner Zeit so optimal gewesen, wie zur Zeit der Vorlage des Weißbuches 79. Dabei ist sich die Bundesregierung bewußt, daß dennoch vieles zu tun übrig bleibt, unter anderem auf den Gebieten Ausbildung, Bildung, Innere Führung, soziale Lage. Um so höher ist einzuschätzen, daß die Bundesregierung zum Beispiel im Hinblick auf die weitere Verbesserung der sozialen Lage der Angehörigen der Bundeswehr keine goldenen Berge verspricht; ich halte diese Selbstbescheidung der Bundesregierung für eine ausgesprochene Stärke, wenngleich sie sicherlich manchem nicht ins Konzept passen wird; vor allen Dingen dann nicht, wenn man glaubt, mit übertriebenen Forderungen Stimmenfang betreiben zu können.

Im Weißbuch werden die finanziellen Grenzen aufgezeigt. Das ist verantwortungsbewußter, als ohne Rücksicht auf den Gesamthaushalt ständig unerfüllbare Forderungen zu stel-



len. Das Problem zum Beispiel der Überstunden wird von der Bundesregierung ernstgenommen und entsprechend gewichtet; aber wir haben uns bei den Überlegungen zur Lösung dieses Problems vor der Vorstellung zu hüten, wir könnten es mit Geld allein regeln. Wir haben uns auch vor der Vorstellung zu hüten, wir würden bei der Bundeswehr eine Stechuhr einführen und ab 41. Stunde oder vielleicht demnächst von der 36. Stunde an Überstunden bezahlen. "Ich warne uns davor", so hat Minister Apel unlängst in Bremen gesagt, "die Gleichstellung der Armee mit dem öffentlichen Dienst so weit zu treiben".

Es tut in diesem Zusammenhang not, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die soziale Lage der Angehörigen der Bundeswehr den Vergleich mit allen verbündeten Streitkräften aushält. Im übrigen wird sich dem Bemühen um soziale Sicherstellung der Angehörigen der Bundeswehr kein sozialdemokratischer Verteidigungsminister von anderen in die Ecke drängen lassen.

Natürlich gibt es noch weitere ungelöste Probleme, wozu nicht nur die Dienstzeitbelastung, sondern unter anderem auch der Verwendungs- und Beförderungsstau gehören; alles Probleme, die in der Lösung ebenso schwierig wie kostspielig sind. All diese Bereiche sind im Weißbuch offen angesprochen und nicht verschämt unter den Tisch gefegt worden. Es ist der Bundesregierung - nicht zuletzt im Interesse der Betroffenen - zu wünschen, daß ihre ernsthaften Bemühungen bald akzeptable Lösungen zeitigen.

Abschließend möchte ich noch zwei Komplexe kurz ansprechen, die darstellen, daß und wie die Bundesregierung bestrebt ist, sich auf allen die Bundeswehr betreffenden Gebieten fortschrittlich, ernsthaft und wirklichkeitsnah zu bemühen: Das eine sind die richtungweisenden Aussagen für eine zeitgemäße Traditionspflege, das andere sind die anzuerkennenden Anstrengungen, Bevölkerung und Umwelt - soweit es übergeordnete Gesichtspunkte nur eben zulassen - von Belastungen frei zu halten.

Zusammenfassend ist festzustellen: Daß Weißbuch 1979 markiert sowohl ein Dezennium sozialdemokratischer Verantwortung für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik als auch ein Dezennium für die Bundeswehr.

Zugleich ist es Programm für die vor uns liegenden Jahre. Aus ihm ist ablesbar, wie Sozialdemokraten die Lebensinteressen unseres Landes wahrgenommen haben und wie sie beabsichtigen, sie künftig wahrzunehmen. Wir Sozialdemokraten haben im klaren Bewußtsein, daß einerseits noch vieles zu tun übrig bleibt, andererseits keinen Grund, unser Licht unter den Scheffel zu stellen.

(-/5.9.1979/ks/ca)



Ein Schritt zu mehr Humanität

Bremens Krankenhäuser werden offener

Von Herbert Brückner

Senator für Gesundheit und Umweltschutz der Freien Hansestadt Bremen

Der Abbau von Isolation und Vereinsamung, unter denen Patienten in bundesdeutschen Krankenhäusern - eigenen Angaben zufolge - zunehmend leiden, ist nicht in jedem Fall eine Kostenfrage. Das wollen jetzt die Bremer Kliniken beweisen. Schon bald sollen die streng reglementierten Besuchszeiten in den bremischen Krankenhäusern aufgehoben und durch weitaus großzügigere Besuchsmöglichkeiten ersetzt werden. Künftig sollen Freunde, Verwandte und Bekannte die Möglichkeit haben, ihre im Krankenhaus liegenden Angehörigen fast an jedem Tag bis zu vier Stunden lang zu besuchen. Lediglich am Sonnabend bleiben die bremischen Krankenhäuser - aus organisatorischen Gründen - einstweilen noch für Besucher geschlossen. An allen anderen Tagen jedoch können Patienten von 15.00 Uhr bis 19.00 Uhr uneingeschränkt Besuche empfangen oder von ihren Freunden und Verwandten besucht werden. Bislang hatten Besuchsmöglichkeiten lediglich dienstags-, donnerstags- und sonntags nachmittags für je eine Stunde sowie am Mittwochabend für eine weitere halbe Stunde bestanden. Ziel dieser Maßnahmen ist, alles zu tun, um zu verhindern, daß es durch längere Krankenhausaufenthalte zu Störungen in den sozialen Kontakten und Beziehungen eines Patienten kommt. Wir wollen ihm vor allen Dingen jederzeit das Gefühl geben, von Freunden, Verwandten und Bekannten, - vor allem aber von der Familie nicht abgeschnitten zu sein.

Daß die Verwirklichung von einem Stück mehr Humanität in den Bremer Krankenhäusern mit einer Reform der Besuchszeitenregelung beginnt, kommt nicht von ungefähr. Fast durchgängig hatten sich Klinikpatienten in nahezu allen repräsentativen Meinungsumfragen der vergangenen Jahre darüber beklagt, daß sie sich nach ihrer Einweisung ins Krankenhaus häufig isoliert, alleingelassen und vereinsamt fühlten. Durchweg mit deutlicher zwei-Drittel-Mehrheit gaben sie in Umfragen zu Protokoll, daß die bisherigen Besuchszeiten nur unzureichend geeignet seien, Kontakte und soziale Bindungen zu ihren bisherigen Bezugspersonen in ausreichendem Maße aufrecht zu erhalten.

Doch die Forderung nach einem weitgehend offenen Krankenhaus, in dem Angehörige von Patienten unreglementiert von Besuchszeiten jederzeit zu Besuchen erscheinen könnten, scheiterte lange an den nicht unbegründeten Vorbehalten von Ärzten und Pflegepersonal. Ein ständiges Kommen und Gehen von Besuchern - so ihre Befürchtung - gefährde, oder aber störe zumindest die ordnungsgemäße Durchführung von therapeutischen- und diagnostischen Maßnahmen, die - dies die Argumentation des medizinischen Personals - nun einmal die Hauptsache einer Krankenhausbehandlung seien.



Dieses Argument begann erst zu wanken, als die Kinderkliniken - auch in Bremen - damit begannen, das Prinzip eines offenen Krankenhauses zu praktizieren, in dem Besucher zu jeder Zeit nicht nur geduldet, sondern willkommen sind und in dem Angehörige nicht länger auf bestimmte Wochenstunden vertröstet werden, wenn sie ihren kranken Kindern einen Besuch abstatten wollen. Seit derlei Großzügigkeit in Kinderkliniken gilt, weiß man sie indessen auch medizinisch zu schätzen. Längst hat sich inzwischen denn auch die Überzeugung durchgesetzt, daß häufige und zudem ausführliche Besuche - wenn sie medizinisch vertretbar sind - dabei helfen können, einen Patienten psychisch zu stabilisieren und seine Genesung zu beschleunigen.

Was sich in den Kinderkliniken erfolgreich behauptet hat, soll jetzt auch auf den Erwachsenenstationen bremischer Kliniken gelten. Eine vierstündige Besuchszeit täglich - mit Ausnahme des Sonnabends - soll garantieren, daß Patienten auch im Krankenhaus von Nachrichtenströmen in Familie und Bekanntenkreis nicht ausgeschlossen werden. Und selbst außerhalb der Vier-Stunden-Besuchszeit bleibt das Krankenhaus für Gäste und Besucher nicht tabu. Wenn Ärzte und Pflegepersonal keine medizinisch begründeten Einwände erheben, sind über die festgelegten Besuchsmöglichkeiten hinaus weitere Visiten am Krankenbett der Angehörigen möglich.

Was künftig in bezug auf Besuchszeiten in bremischen Krankenhäusern gelten soll, habe ich in einem Vier-Punkte-Katalog vorgelegt:

- In den Kliniken der Freien Hansestadt Bremen besteht eine tägliche Besuchszeit von 15.00 Uhr bis 19.00 Uhr, ausgenommen samstags.
- Besuche außerhalb dieser Zeit sind möglich, wenn sie im Einzelfall mit der Stationsleitung abgesprochen sind.
- Die diagnostischen- und therapeutischen Maßnahmen müssen ungestört durchgeführt werden können.
- Besuchszeiten für Patienten auf Wach-, Intensiv- und Isolierstationen werden durch die Stationsleitung bestimmt.

Daß die Krankenhäuser einstweilen am Sonnabend für Besucher noch geschlossen bleiben sollen, hat ausschließlich organisatorische Gründe. Sie liegen darin begründet, daß am Wochenende kein Reinigungspersonal zur Verfügung steht, um nach der Besuchszeit die Krankenhausflure zu säubern. Wir werden uns jedoch bemühen, auch für diesen Tag Regelungen zu finden, um Besuche am Sonnabend noch möglich zu machen.

(-/4.9.1979/hi/hgs)



Schwärzeste Parteibuchwirtschaft

Skandalöse Auftragsvergabe an das Architektenbüro eines CSU-Bezirkstagspräsidenten

Von Christa Meier

Mitglied des bayerischen Landtages

Ein überaus skandalöser Fall schwärzester CSU-Parteibuchwirtschaft wird in Kürze den bayerischen Landtag beschäftigen. Es geht um eine unglaubliche Vettern-Wirtschaft: Die CSU-Mehrheit im Kreistag von Neumarkt hat unlängst den Architekten-Auftrag für den Bau eines Berufsschulzentrums in Neumarkt - ein 30-Millionen-Projekt - weder an den ersten noch an den zweiten Preisträger des Wettbewerbs für die beste Konzeption vergeben, sondern an den dritten, "zufällig" das Architektenbüro des Herrn CSU-Bezirkstagspräsidenten Alfred Spitzner.

Unter 14 Arbeiten hatte die Jury des Wettbewerbs den Entwurf des Amberger Architekten Roland Adler mit Abstand als den besten beurteilt. Das Fachgremium unter dem Vorsitz des Münchner Professors Dr. Helmut Gebhard hatte Adlers Arbeit mit 8 : 1 Stimmen auf den ersten Platz gesetzt und ganz klar empfohlen, sie für die weitere Planung zugrunde zu legen, da sie eindeutig die beste Lösung unter den Wettbewerbsarbeiten darstelle. Dieser Entwurf rage deutlich heraus und solle deshalb berücksichtigt werden.

Für die CSU im Wirtschafts- und Planungsausschuß des Kreistages hatte die Entscheidung der Jury offenbar einige Schönheitsfehler: Der Gewinner des Wettbewerbes, Adler, ist nämlich stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im Amberger Stadtrat; andererseits waren sie ihrem Parteifreund Spitzner eher gewogen. So entschied sich der Planungsausschuß - gegen die beiden Stimmen der SPD - für den Spitzner-Entwurf.

Dieser Vorgang ist ein Skandal: Hier gab ganz offensichtlich nicht die beste Konzeption, sondern die Parteizugehörigkeit und die parteipolitische Einflußnahme bei der CSU-Mehrheit im Kreistag den Ausschlag. Wieder einmal ist bei der CSU das Parteibuch höher gewertet worden als die Leistung! Dieser Fall darf nicht unter den Tisch gekehrt werden. Um so eklatanter wird der Vorfall, weil ein CSU-Mandatsträger unmittelbar nach Bekanntwerden des Wettbewerbsergebnisses einem Mitbewerber, nämlich dem 1. Preisträger, gegenüber erklärt haben soll, man könne ja zum ersten Preis gratulieren, "aber den Auftrag bekommst nicht, dafür werden wir schon sorgen".

Das Argument des Kreistagsausschusses, Spitzners Entwurf sei kostengünstiger, kann nicht ausschlaggebend sein. Normalerweise ist es üblich, sich mit dem Architekten nach dem Vorentwurf über eventuelle Abstriche zu unterhalten. Das ist jedoch hier nicht geschehen. Deshalb wird dieser Vorfall den Landtag noch ausgiebig beschäftigen. Schließlich hat dieser Fall das ganze Wettbewerbswesen zwischen den Architekten in Frage gestellt. Aus diesem Grunde muß auch die Landesorganisation der Architekten, die mittlerweile eingeschaltet ist, zu einem eindeutigen Votum kommen.

Spitzner ist bereits einschlägig "vorbelastet". Vor nicht allzu langer Zeit waren selbst aus Kreisen des Bezirkstages kritische Stimmen gekommen, weil er quasi als Mitgift für sein Amt als Bezirkstagspräsident auch den vom Bezirk finanzierten Bau der Drogenklinik in Parsberg zugeteilt bekam. Schon einige Jahre vorher, 1973, machte Herr Spitzner Schlagzeilen im Nachrichtenmagazin "Spiegel": Der langjährige Kreisrat und spätere Landrat von Parsberg (der Landkreis Parsberg fiel der Landkreisreform zum Opfer) habe sein Amt "ziemlich kräftig für seine privaten Vorteile eingesetzt". So habe seine Frau Grund gekauft, der später erheblich teurer an den Landkreis Parsberg weiterveräußert wurde. Spitzner habe im Kaufvertrag den Landkreis verpflichtet, sämtliche Hochbauten auf Vertragsbasis an das Architekturbüro Spitzner zu übertragen. Auf diesem Areal entstand dann für Millionenbeträge eine Schule.

(-/5.9.1979/ks/ca)

+ + +

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier